

## PRESSE

BayernSPD Landtagsfraktion

### **SPD zieht kritische Bilanz der Corona-Politik von Staatsminister Bernd Sibler für den Bereich Kultur und Hochschulen**

Pressekonferenz mit

**Volkmar Halbleib**, MdL,  
Parlamentarischer Geschäftsführer und  
kulturpolitischer Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion

und

**Christian Flisek**, MdL,  
hochschulpolitischer Sprecher der BayernSPD-Landtagsfraktion

12. März 2021, 11.00 Uhr



Nach einem Jahr Corona-Pandemie in Bayern zieht die SPD-Landtagsfraktion für den Bereich Wissenschaft und Kunst eine mehr als kritische Bilanz der Corona-Politik der Staatsregierung. Dabei stellen Volkmar Halbleib, kulturpolitischer Sprecher, und Christian Flisek, hochschulpolitischer Sprecher, Staatsminister Bernd Sibler ein schlechtes Zeugnis aus: „Der bayerische Wissenschafts- und Kunstminister ist in diesem Jahr immer mehr zum Problemminister der Staatsregierung geworden. Er ist zum Staatsminister für Versäumnisse, Verzögerungen und Untätigkeit geworden.“ Sowohl im Kultur- wie auch im Hochschulbereich werde über Monate mit Ankündigungen und Versprechungen gearbeitet, statt zügig Probleme zu lösen.

Die Liste der Versäumnisse und Pannen wird von Monat zu Monat länger. Die Kulturbranche hat seit Beginn der Corona-Pandemie die Einschätzung, dass ihre Interessen von Staatsminister Sibler schlecht oder gar nicht vertreten werden. Besonders deutlich wird dies bei der fehlenden aktuellen Unterstützung des Ministers für die solselbständigen Kulturschaffenden, die seit dem 1. Januar 2021 wieder ohne Unterstützung sind. Hilfsprogramme müssen immer mit Protesten eingefordert werden, nachdem sie in anderen Bundesländern längst umgesetzt sind. Angekündigte Programme passen nicht für die Bedürfnisse der Zielgruppen oder lassen monatelang auf sich warten. Der Kulturminister hat das Vertrauen der Kulturschaffenden längst verspielt.

Strategielosigkeit und Zaudern des Ministers bei der Prioritätensetzung in der Hochschulpolitik führten auch an den Hochschulen dazu, dass die ohnehin schon schwierigen Monate von Verunsicherung und Unruhen geprägt sind. Mit der Ankündigung einer Hochschulgesetznovelle, die mit wenigen Schlagworten eine massive Umgestaltung in Richtung unternehmerische Hochschule in Aussicht stellte, brachte der Wissenschaftsminister Studierende und Wissenschaftler\*innen gegen sich auf. Auch seine einfachen Corona-Hausaufgaben hat der Minister nicht fristgerecht erledigt: die selbstverständliche Verlängerung der gesetzlichen Erleichterungen für Studierende im Corona-Studium wurden erst zu Ende des betroffenen Semesters vorgelegt. Die Studierenden blieben über Monate im Unklaren und sind es rechtlich noch immer.

Ansagen kommen im Kultur- und im Hochschulbereich - wenn überhaupt - vom Ministerpräsidenten, der sich nach großen Ankündigungen immer schnell wieder zurückzieht und jede Verantwortung für die Umsetzung abgibt. Der zuständige Minister bleibt fast in allen Bereichen die Zusage der Umsetzung der Chefansagen schuldig. Von eigenen Impulsen und Initiativen war im letzten Jahr nichts zu spüren.

## 1. Kein Einsatz des Ministers für Kulturschaffende Hilfsprogramme floppen, Korrekturen werden nicht umgesetzt

### I. Hilfsprogramm für soloselbständige Künstlerinnen und Künstler

Das bayerische Hilfsprogramm für soloselbständige Künstlerinnen und Künstler stellt gegenwärtig das größte Versagen der Staatsregierung im Kulturressort dar. Nachdem das erste Programm gefloppt war, wurde das neue Hilfsprogramm im Oktober 2020 angekündigt. Es dauerte bis Mitte Dezember, bis Anträge gestellt werden konnten. Zum 31.

Dezember lief das Programm schon wieder aus. Die Unterstützung ist der dringend notwendige Ersatz der Lebenshaltungskosten durch den sogenannten fiktiven Unternehmerlohn. Die Verlängerung des Programms wurde jetzt nach der Einladung zu unserer Pressekonferenz verkündet.

### Chronologie

#### **Regierungserklärung MP Dr. Söder 20.4.2020**

##### **Die erste Programmankündigung**

- „Und was auch ganz wichtig ist, ist Hilfe für Kultur. Es gibt eine Gruppe, die bislang durch jedes Raster fällt: die Künstler.
- Ich finde es nicht richtig, nur Hartz IV als Alternative anzubieten. Das ist auch eines Kulturstaates wie dem Freistaat Bayern nicht angemessen.
- Künstler erhalten für die nächsten drei Monate 1.000 Euro pro Monat als Unterstützung. Das entspricht rund 100 Millionen Euro.

#### **SPD-Initiativen:**

Soforthilfeprogramm für Kulturschaffende und Kultureinrichtungen (25.03.2020 Drucksache 18/7094) Erste Forderung nach einem Hilfsfonds zur Abfederung der finanziellen Engpässe der Kulturschaffenden.

Solidarität mit Kulturschaffenden und Kultureinrichtungen umsetzen (15.04.2020, Drucksache 18/7287) Forderung nach einem bayerischen Rettungsschirm für Kulturschaffende, Kultureinrichtungen und Akteure der kulturellen Bildung.

Finanzielle Hilfen für Solo-Selbständige im Kultur- und Kreativbereich (23.04.2020 Drucksache 18/7468) Forderung nach einem Programm der finanziellen Unterstützung von Solo-Selbständigen mit dem Ziel, dass monatlich bis zu 1.180,00 Euro für laufende Lebenshaltungskosten bzw. Unternehmerlohn beantragt werden können.

Finanzielle Hilfen für Solo-Selbständige und Kleinunternehmen (13.05.2020; Drucksache 18/7849) Erneute Forderung, das nun angekündigte Hilfsprogramm für

soloselbständige Künstlerinnen und Künstler unverzüglich umzusetzen. Die Antragsberechtigung sollte unabhängig von der Mitgliedschaft in der Künstlersozialkasse sein.

### **Umsetzung des Ministers**

- über Wochen gab es nicht einmal ein Formular zur Antragsstellung,
- Kriterium für eine Unterstützung war die Zugehörigkeit zur Künstlersozialkasse – damit fielen viele Betroffene durch das Raster, die Kulturverbände protestierten
- einige Künstler\*innen hatten bereits Geld aus anderen Fördertöpfen erhalten, was ein Ausschluss-Kriterium für die Soforthilfe war
- Künstler\*innen aus Bayern waren im Nachteil: in anderen Bundesländern (Baden-Württemberg, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Berlin) gab es längst Unterstützungsprogramme für Soloselbständige

### **Pessekonferenz MP Dr. Söder mit Minister Sibler 14.5.2020**

#### **Korrektur des Programms**

- Der "kulturelle Rettungsschirm" in Bayern wird mit dem der Corona-Soforthilfe für Künstlerinnen und Künstler laut Ministerpräsident MP Söder von 90 Millionen Euro auf rund 200 Millionen Euro erhöht.
- Neben den Künstlern, die in die Künstlersozialkasse einzahlen, sollen jetzt auch weitere Kreative Anspruch auf Unterstützung bekommen (Journalisten, Techniker, Maskenbildner und Kameraleute). Das „neue“ Programm nennt sich „KSK plus“.
- Damit steigt der Kreis der Berechtigten im Freistaat von 30.000 auf 60.000 Menschen
- Die Unterstützung beträgt 1000 € pro Monat und läuft bis 30. September 2020.

### **Umsetzung des Ministers**

- *Erst am 22.05. war das Künstlerhilfsprogramm des Freistaats Bayern online, stieß aber sofort auf Proteste der Betroffenen, da die Hilfe nicht mit anderen Programmen kompatibel war.*
- *Eine Korrektur musste das Kabinett auf öffentlichen Druck bereits am 26.05. vornehmen: jetzt waren auch freischaffende Künstlerinnen und Künstler antragsberechtigt, die Leistungen nach der „Soforthilfe Corona“ des Freistaats Bayern und des Bundes bezogen haben.*
- *Trotz der Anpassung wurde die Corona-Soforthilfe für Künstlerinnen und Künstler nur von wenigen in Anspruch genommen: Statt den erwarteten 60.000 gab es gerade 10.000 Anträge.*
- *Die geringe Zahl der Anträge war auf die unklare Kommunikation der Antragsbedingungen und die unpraktikable Umsetzung zurückzuführen.*

## **Regierungserklärung MP Dr. Söder 21.10.2020 Eingeständnis des Flops – Neustart für Unterstützung**

- „Wir sollten uns außerdem noch einmal besonders der Kultur widmen.“
- „Unser bisheriges Programm für Künstlerinnen und Künstler hat bislang nicht seine Wirkung erzielt. Es wurde zu wenig angenommen. Etwas nicht Funktionierendes muss man verbessern.“
- Ministerpräsident Söder verspricht Verbesserungen und Unterstützung – "bis die Pandemie vorbei ist".
- „Der Bund überlegt jetzt, auch einen fiktiven Unternehmerlohn einzuführen – generell sollen die Überbrückungshilfen im wirtschaftlichen Bereich überarbeitet und vereinfacht werden. Bis das passiert, geht Bayern auf jeden Fall voraus.“
- „Wir werden ein Solo-Selbstständigen-Programm für Künstler aufstellen, ähnlich wie Baden-Württemberg. Bis die Pandemie vorbei ist, ergänzen wir dies mit dem Ausbau des Spielstättenprogramms.“
- Beschluss des Kabinetts am 27.10: Auszahlung eines fiktiven monatlichen Unternehmerlohns bis zu 1180 € vom 1.10 bis zum 31.12.2020 (Programmumfang 35 Mio. €)

### **SPD-Initiativen:**

Keine leeren Versprechungen mehr: Rettungsprogramm für Kultur unverzüglich umsetzen (27.10.2020 Drucksache 18/10880) Unverzögliche Umsetzung und Auszahlung der Hilfsprogramme für die Kultur.

Gemeinsame Anhörung der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP am 15.12.2020.

Unterstützung für Kultur umgehend umsetzen (2.12.2020, Drucksache 18/11739) Unverzögliche Umsetzung des Soloselbstständigen-Programms für Künstlerinnen und Künstler einschließlich des sogenannten fiktiven Unternehmerlohns

Winterfahrplan zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie in Bayern - solidarisch, entschlossen, verlässlich! (27.11.2020 Drucksache 18/11616).

### **Umsetzung des Ministers**

- Bis Mitte Dezember ist die Hilfe für Oktober noch nicht mal beantragbar.
- Proteste der Künstlerverbände landesweit. Künstler und Künstlerinnen, die den Minister in einem Begleitausschuss bei der Programmplanung unterstützen sollten, drohten mit einer Petition.

Erst am 18.12. 2020 wird das Soloselbstständigen-Programm gestartet. Die Hilfen konnten rückwirkend für Oktober bis Dezember beantragt werden. Söder: „Ich bin erleichtert, dass wir unseren Künstlern und Kreativen helfen und dieses wichtige Programm jetzt starten können“.

### **Umsetzung des Ministers**

- Das Programm lief am 31.12.2020 aus.
- Ministerbefragung der SPD-Fraktion zur Verlängerung des Programms am 21.1.: keine Antwort
- Ministerbefragung der SPD-Fraktion zur Verlängerung des Programms am 4.2.: keine Antwort, „in den nächsten Tagen“

### **PM Minister Sibler 12.2.2021 „Soloselbständigen-Programm wird verlängert“**

Ankündigung der Verlängerung des Soloselbständigen-Programms für Künstlerinnen und Künstler bis 30. Juni 2021. (Finanzhilfe in Höhe von bis zu 1.180 Euro monatlich als Ersatz für entfallende Erwerbseinnahmen). „Die neuen Anträge können in Kürze für den Zeitraum von Januar bis Juni 2021 gestellt werden.“

### **SPD-Initiative:**

Bayerische Corona-Maßnahmen nachbessern und tragfähig ausgestalten (12.2.2021 Drucksache 18/13546). Die angekündigte Verlängerung des Soloselbständigen-Programms muss verlässlich umgesetzt werden.

### **Umsetzung des Ministers**

Am Tage der Einladung zur Pressekonferenz der SPD-Fraktion kündigte Minister Sibler die Verlängerung des Programms bis zum 30.6.2021 und eine mögliche Antragsstellung ab dem 15.3.2021 an.

## **II. Stipendienprogramm nicht umgesetzt**

Um in der Corona-Krise neue kreative Impulse zu fördern hatte die SPD-Fraktion bereits im Oktober 2020 ein Stipendienprogramm für Künstlerinnen und Künstler aller Sparten im Landtag gefordert. Wir wollten, dass sich Soloselbstständige mit 7.000 Euro pro Stipendium der Entwicklung kreativer Projekte widmen können. Die Staatsregierung hatte die Idee dann immerhin mit der Ankündigung von 5.000 Stipendien von jeweils 5.000 Euro aufgegriffen. Auch hierauf warten die Kulturschaffenden bisher vergebens: Zunächst für Januar 2021 angekündigt, ist das Programm noch immer nicht abrufbar.

### **SPD-Initiative:**

Der SPD-Antrag über eine Ausschreibung von 15000 Stipendien, die mit je 7.000 Euro dotiert sind, wurde von den Regierungsfractionen abgelehnt. (Kulturelle Vielfalt in Bayern erhalten: Kreativ-Stipendien für Soloselbstständige, 22.09.2020 Drucksache 18/9851)

## Regierungserklärung MP Dr. Söder 21.10.2020

- Für junge Künstler, die noch kein Engagement haben, aber an der Schwelle zum Beruf stehen, werden wir mit einem Stipendienprogramm einen Einstieg in die Arbeit arrangieren können.
- Kabinett am 27.10: Einrichtung von 5.000 Stipendien für junge Leute in Kunst und Kultur, dotiert mit jeweils 5.000 Euro. Die Auszahlung soll ab 1. Januar 2021 beginnen.

### SPD-Initiative:

Wir fordern die sofortige Umsetzung des Stipendienprogramms. (Kulturelle Vielfalt in Bayern erhalten: Kreativ-Stipendien für Soloselbstständige, 22.09.2020 Drucksache 18/9851)

### Umsetzung des Ministers

- *Ankündigung des Programms für den 1.1.2021*
- *Zunächst Aufschub bis zum 1. Februar*
- *Antwort auf SPD-Anfrage am 4. Februar: „Wir befinden uns auf der Zielgeraden“.*
- *Bis zum 12. März 2021 keine Umsetzung, d.h. keine Antragstellung und auch keine Mitteilung, wann eine Antragstellung möglich ist*

## III. Öffnungsstrategien für die Kultur – in Bayern Fehlanzeige

Von Kulturminister Sibley gab und gibt es keinerlei Aussagen zu einer Öffnungsstrategie für die Kultur und keine erkennbaren Szenarien, unter welche Bedingungen wie geöffnet werden kann. Seit Monaten warten die Kultureinrichtungen auf einen Plan für den Neustart. Von Beginn der Krise an hatte die Kultur bei der Staatsregierung keinen Stellenwert. Ministerpräsident Söder thematisierte im April 2020 mögliche Fußballspiele und Gottesdienste. Die Kultur blieb unerwähnt. Auch bei der Ausrufung des zweiten Lockdowns im Herbst 2020 waren die Kultureinrichtungen die ersten, die wieder schließen mussten. Trotz Hygienepläne und Umbaumaßnahmen gibt es für sie bis heute keine Perspektive.

Die Kulturminister der Bundesländer haben bereits einen Drei-Stufen-Plan vorgelegt, der Öffnungen in der Kultur parallel mit Öffnungen der Geschäfte und der Gastronomie vorsieht. Im Bayerischen Landtag sind die SPD- Anträge nach konkreten Öffnungsstrategien abgelehnt worden.

Wir schlagen "Pilotbühnen" unterschiedlicher Kulturgenres in Landkreisen und kreisfreien Städten vor, an denen in Zusammenarbeit mit Gesundheitsämtern gute Beispiele für einen sicheren Kulturbetrieb erarbeitet werden.

Das Pilotprojekt der Staatsregierung zur Überprüfung der möglichen Publikumsgröße bei Kulturveranstaltungen vom Herbst 2020 überprüfte lediglich große Räume wie den Gasteig und das Münchner Nationaltheater, kleiner Veranstaltungsräume wurden nicht berücksichtigt.

### **SPD-Initiativen:**

Perspektiven für die bayerische Wirtschaft – Monatshilfen schnell und effizient auszahlen, differenzierte Öffnungsszenarien für Januar 2021 aufzeigen (8.12.2020 Drucksache 18/11879). Öffnungsperspektiven für Kultur- und Kreativwirtschaft schaffen.

Weitere Bekämpfung der COVID-19-Pandemie: Gesundheit schützen, soziale und wirtschaftliche Belastungen abfedern, Perspektiven schaffen! (15.12.2020 Drucksache 18/12045) Forderung nach der rechtzeitigen Vorbereitung von Öffnungsperspektiven und -prioritäten.

Bayerische Corona-Maßnahmen nachbessern und tragfähig ausgestalten (12.2.2021 Drucksache 18/13546). Forderung nach Öffnungsperspektiven.

Jetzt Impulse für einen Neustart der Kultur in Bayern setzen (26.01.2021 Drucksache 18/12448) Der Kulturminister wird aufgefordert, ein Konzept für den Wiedereinstieg der Kultur vorzulegen. Pilotbühnen unterschiedlicher Kulturgenres soll eine Orientierung für die Öffnung von Kulturräumen geschaffen werden.

Öffnung von Museen vorbereiten (28.01.2021 Drucksache 18/12556) Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein landesweites Konzept für die staatlichen und nicht staatlichen Museen vorzulegen.

Kultur hat Priorität: Neustart jetzt vorbereiten. (4.03.2021 Drucksache 18/14265). Bei der Rücknahme der Beschränkungen und der Planung von Öffnungsperspektiven muss Kultur vorn auf der Prioritätenliste stehen. Die Wiederöffnung der Kultur soll parallel zu den aktuell diskutierten Lockerungen in Bildung und Wirtschaft geplant und umgesetzt werden.

### **Umsetzung des Ministers**

- *Bisher Fehlanzeige: Es gibt keine Öffnungsstrategien für die Kultur, SPD-Anfragen und Anträge blieben unbeantwortet*
- *Auch aus dem von der Staatsregierung beauftragte Pilotprojekt „Probeweiser Betrieb von Kultureinrichtungen mit erhöhter Zuschaueranzahl“ zog der Minister keinerlei Konsequenzen.*
- *Keine Vorlage konkreter Öffnungsszenarien*

## **2. Verunsicherung und Proteste an den Hochschulen**

### **1. Hochschulreform: Intransparenz und alte Konzepte**

- Die Reform des Hochschulgesetzes war erst mal „Chefsache“. Ministerpräsident Söder kündigte das Hochschulinnovationsgesetz im Rahmen der High-Tech-Agenda an und versah es mit beunruhigenden Schlagworten: Von „größtmöglicher Freiheit“ für die Hochschulen und "maximaler Verschlangung" war die Rede.
- Der inhaltliche Austausch mit den Hochschulangehörigen fand nur im Landtag statt: Die Landtags-Anhörung zum Hochschulgesetz mit allen Akteuren der Hochschulen bot am 24.10. auf Antrag SPD-Fraktion Gelegenheit zur Diskussion.

### **Umsetzung des Ministers**

- Grundlage der Anhörung war ein geheimes Eckpunktepapier aus dem Wissenschaftsministerium, das nur den Regierungsfractionen vorlag, das Papier wurde erst nach der Anhörung veröffentlicht und stieß landesweit auf große Verunsicherung und massive Proteste.
- Die Schwerpunkte waren Ideen aus der (neoliberalen) Mottenkiste: Unternehmerische Hochschule, Deregulierung, Top-Down-Organisation, Studiengebühren
- Der Minister ruderte inzwischen zurück: Im Februar 21 kündigte er in einem Youtube-Format die Rücknahme zentraler Punkte an. Bei Studiengebühren, Organisationsform und der Ökonomisierung macht er bereits Rückzieher.
- Bis heute ist nicht ersichtlich, wofür der Minister steht

### **SPD-Forderungen:**

- **Transparenz und frühzeitige Beteiligung des Landtages**
- **Entkoppelung der Reform von der Hightech Agenda**
- **Kein Gesetzgebungsverfahren im Schatten der Coronapandemie**

## **II. Verspätetes Corona-Eilgesetz: Studierende warten auf Rechts- und Planungssicherheit**

- Seit Sommersemester 2020 herrscht Ausnahmesituation an den Universitäten und Hochschulen.
- Es gibt keine Präsenzveranstaltungen, keine sozialen Kontakte und Online-Prüfungen in völlig neuen Formaten.
- Planungssicherheit bei Regelstudienzeiten, Fristen, Prüfungen und BAföG bestand mit einer Gesetzesänderung nur für das Sommersemester 2020.
- Für das Wintersemester 20/21 gab es bisher keine Verlängerung der Ausnahmeregelungen – das Semester begann bereits im Oktober 2020 und endet mit März 2021.

### **Umsetzung des Ministers**

- 22.11.2020: Ankündigung der Verlängerung der Sonderregelungen: „Studentinnen und Studenten im Freistaat sollen sich laut Wissenschaftsminister Bernd Sibler auch im Wintersemester 2020/21 keine Sorgen um Prüfungen und BAföG-Bezug machen müssen. Deshalb soll es eine Verlängerung der Regelungen im Bayerischen Hochschulgesetz geben, die das Wissenschaftsministerium für das digitale Corona-Sommersemester 2020 eingeführt hatte. Eine entsprechende Gesetzesvorlage werde sein Ministerium in Kürze in den Landtag einbringen.“
- Am 4.3.2021: Eilverfahren für die erste Lesung des Gesetzes im Landtag.
- Konsequenzen für die Studierenden: An den Hochschulen für angewandte Wissenschaften endet das Semester bevor ein neues Gesetz vorliegt: das bedeutet zunächst Exmatrikulation für Studierende, die Fristen nicht eingehalten konnten und die Ablehnung ihrer BAföG-Anträge.

**SPD-Initiative:**

Sonderregelungen für Studierende unverzüglich für das Wintersemester 2020/2021 verlängern (27.01.2021 Drucksache 18/12508)

**III. Langfristige Strategie fehlt**

Die Hochschulen sind bei der Bewältigung der Corona-Pandemie auf sich gestellt. Die Bedingungen im reinen Online-Studium sind völlig neu und schwer mit dem Präsenzstudium vergleichbar. Vom Ministerium kommen keine Aussagen zu den Konsequenzen der unterschiedlichen Studienbedingungen zur Studienqualität und dem Studienerfolg. Völlig unklar bleibt z. B. welche Wertigkeit bzw. Vergleichbarkeit die Corona-Abschlüsse haben werden. Die Einschränkungen beim Studium sind gravierend:

- Ausgefallene Praktika und Auslandssemester
- Geschlossene Bibliotheken
- Keine Differenzierung nach Veranstaltungstyp (Einführungsvorlesung vs. Seminar/Tutorium)
- Soziale Lage der Studierende: Psychische Probleme, Zukunftsängste, Vereinsamung, Wegfall Verdienstmöglichkeiten (Minijobs)
- unklare Situation der Dozentinnen und Dozenten
- unklare Situation der Lehrbeauftragten

**SPD-Forderungen:**

- Initiative: Studium für alle Studierenden in der Corona-Krise ermöglichen (15.04.2020 Drucksache 18/7292)
- Es braucht jetzt klare Vorgaben, ob das Sommersemester ganz oder nur teilweise online durchgeführt wird.
- Bereits zu Beginn des Semesters muss Prüfungsform festgelegt sein, nach Prüfungsanmeldung soll es nicht mehr zu Änderungen kommen.
- Die Studierenden brauchen landesweit einheitliche Regelungen zu den Freiversuchen bei Prüfungen.
- Mehr Flexibilität muss es für die Durchführung von kleineren Veranstaltungs-Typen an den Hochschulen geben.
- Die sozialen Angebote für Studierende müssen ausgebaut werden. (Beratung, Austauschmöglichkeiten)

***Umsetzung des Ministers***

- *Der Minister reagiert nur und bringt keine eigenen Ideen und Initiativen aufs Gleis.*